

Frostige Stimmung in der Stahl- und Metallverarbeitung – von Frühlingsgefühlen keine Spur

- Umfrage ifo Institut: 50 Prozent erwarten noch trübere Aussichten, 90 Prozent nicht optimistisch
- Im letzten Quartal 2023 ging die Produktion um weitere fünf Prozent zurück
- Ampel darf mittelständische Unternehmen nicht weiter ausbremsen
- WSM fordert: Einigkeit, Verlässlichkeit, mehr grünes Licht

Düsseldorf/Hagen, 13. Feb. 2024. „Das Schaltjahr 2024 muss eine Wende in der Industriepolitik bringen“, fordert der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM). Von 334 befragten Unternehmen seiner Branche sehen laut ifo Institut nur noch knapp 19 Prozent aktuell eine gute Geschäftslage. Fast 32 Prozent bewerten sie als schlecht. Fürs erste Halbjahr 2024 prognostiziert die Hälfte noch trübere Aussichten, 90 Prozent sehen wenig Grund zum Optimismus.

Stimmungskiller: Produktionszahlen im vierten Quartal 2023

Ein Stimmungskiller sind die Produktionszahlen: Im vierten Quartal 2023 verstärkte sich der Rückgang in den WSM-Branchen um 5,4 Prozent gegenüber dem dritten. Im Vergleich zum selben Vorjahresquartal waren es fast 5,9 Prozent. Ein winziges positives Signal ist die etwas langsamere Negativentwicklung im Dezember. Für Frühlingsgefühle ist das aber zu wenig: „Die Stimmung in den Unternehmen ist frostig“, weiß Holger Ade, Leiter Industrie- und Energiepolitik beim WSM. „Vor einem Jahr hatte der Wirtschaftsminister das ‚Jahr der Industrie‘ proklamiert, aber sein Ruf ist lautlos verklungen. 2024 sollte die Politik ihr Versprechen einlösen und ihr ‚Ja zur Industrie‘ umsetzen.“

Politik hat viel Vertrauen verspielt, Ampel muss jetzt umschalten

Der Verband fordert von der Ampel Einigkeit, Verlässlichkeit und mehr grünes Licht: Die Politik habe viel Vertrauen verspielt und bremse Unternehmen massiv aus. „Sie muss umschalten. Deshalb befürworten wir auch die aktuelle Positionierung zum EU-Lieferkettengesetz. Die jetzige Version würde zu hohe Hürden aufbauen und Unternehmen zum Rückzug zwingen. Sie bringt niemandem etwas“, bekräftigt WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer. „Unsere rund 5.000 Unternehmen geben alles, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Um die Transformation voranzutreiben. Und um dem deutschen Lieferkettengesetz und dem Klimaschutz gerecht zu werden.“

WSM erwartet Fakten statt Visionen

Von einer zukunfts- und standortorientierten Industriepolitik erwartet der WSM Fakten statt Visionen: bezahlbare Energie, überschaubare Bürokratie, bessere Infrastruktur, verlässliche Lieferketten etc. „Nur so können unsere rund 5.000 Stahl und Metall verarbeitenden mittelständischen Industrieunternehmen ihre Zukunft und den Wohlstand ihrer rund 500.000 Arbeitskräfte und deren Familien sichern.“

Text 2.307 Z. inkl. Leerz.

Diese und weitere Pressemitteilungen finden Sie [hier](#) auch zum Download

BU	Foto Nr.	Foto
„2024 sollte die Politik ihr Versprechen einlösen und ihr ‚Ja zur Industrie‘ umsetzen“, so Holger Ade, Leiter Industrie- und Energiepolitik beim WSM	24	
Von einer zukunfts- und standortorientierten Industriepolitik erwartet der WSM (Foto Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer) Fakten statt Visionen: bezahlbare Energie, überschaubare Bürokratie, bessere Infrastruktur, verlässliche Lieferketten	23	

Foto/s: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) – Abdruck honorarfrei – bitte nur mit Quellenangabe.

Über den WSM:

Die Stahl und Metall verarbeitende Industrie in Deutschland, das sind: rund 5.000 vorwiegend familiengeführte Betriebe, die mit rund 500.000 Beschäftigten über 80 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaften. Die Unternehmen beschäftigen im Durchschnitt 100 Mitarbeiter und sind mit Abstand die wichtigsten Kunden der Stahlerzeuger.

Die Branche zeichnet sich durch hohe Spezialisierung und Wettbewerbsintensität aus. Die Unternehmen fertigen für die internationalen Märkte der Automobil-, Elektro- und Bauindustrie, den Maschinenbau und den Handel.

Der WSM ist Dachverband für 14 Fachverbände. Zusammen bündeln sie die Interessen einer der größten mittelständischen Branchen in Deutschland und sind Sprachrohr für deren wirtschaftspolitische Vertretung auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene. Sie suchen den Ausgleich mit marktmächtigen Abnehmern und Lieferanten aus Industrie und Handel. Und sie fordern bessere Rahmenbedingungen für Wachstum, Dynamik und Wettbewerb – ob bei Steuern, Abgaben, Recht, Forschung, Umwelt, Energie oder Technik.

Datenschutz und Abmeldung Pressemitteilungen

Das Thema Datenschutz ist hochaktuell und auch für uns von zentraler Bedeutung. Sie erhalten von uns regelmäßig Pressemitteilungen zu journalistisch relevanten Themen und Neuigkeiten. Die fortgesetzte Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse zu diesem Zweck beruht auf unserem diesbezüglichen unternehmerischen Interesse und erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Einer entsprechenden Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse können Sie jederzeit widersprechen, hierfür genügt eine E-Mail an wsm@mali-pr.de oder ein Klick auf diesen [Link](#).